

EUROPA ABC

EINE WAHLKAMPFHILFE FÜR DEN EUROPAWAHLKAMPF
2009



Einführung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir wollen eine **andere Politik in Europa**, deshalb kämpfen wir für eine **starke grüne Fraktion** im Europäischen Parlament. Dabei brauchen wir Eure Hilfe!

Globale Herausforderungen wie Klimawandel, internationale Wirtschaftskrise, Energiekrise, internationaler Terrorismus oder soziale Gerechtigkeit können nur von der Europäischen Union gelöst werden. **Deshalb: mit WUMS für ein besseres Europa! WUMS steht für Wirtschaft und Umwelt, menschlich und sozial. Unser Wirtschaftssystem muss endlich ökologisch und sozial gestaltet werden.** Grenzüberschreitende Probleme müssen zusammen angegangen werden.

Auch wenn die EU in den letzten Jahren kritisiert wurde und wir Reformbedarf erkennen, hat europäische Politik schon viel erreicht. Wir sind aber davon überzeugt, dass mehr grüne Politik für Europa unverzichtbar ist. Davon möchten wir auch die Berlinerinnen und Berliner überzeugen. Mit diesem **Europa-ABC** geben wir Euch eine kleine Hilfe für den Wahlkampf in die Hand. Hierin findet Ihr die wichtigsten Forderungen aus unserem Wahlprogramm (http://www.gruene-partei.de/cms/default/dokbin/276/276500.europawahlprogramm_2009.pdf) nach Themen aufgeschlüsselt. Wir zeigen außerdem auf, was Grün in der letzten Legislatur im Europäischen Parlament erreicht hat und wie Europa direkte Auswirkungen auf Berlin hat.

Wir wünschen Euch und uns einen erfolgreichen Wahlkampf!

Eure LAG Europa (AutorInnen: Anna Cavazzini, Carsta Härtig, Jessika Hazrat, Melanie Henneberger)

Grundlegende Informationen zur Europäischen Union:

http://europa.eu/abc/12lessons/index_de.htm

http://europa.eu/abc/index_de.htm

http://www.europarl.de/export/europa/institutionen/organe_institutionen.html

<http://www.tagesschau.de/multimedia/animation/animation50.html>

http://www.europarl.de/export/europawahl/Startseite_Europawahl.html

Und last but not least:

<http://www.gruene-europa.de/cms/default/rubrik/11/11185.htm>

Lissaboner Vertrag

Der neue EU-Vertrag, im Jahr 2007 von den Staats- und Regierungschefs beschlossen und unterschrieben, soll den Vertrag von Nizza ablösen und die EU der 27 Staaten demokratischer und effizienter machen. Der Vertrag wurde inzwischen in allen Ländern außer Irland (gescheitertes Referendum), Polen, Deutschland (noch nicht durch den Präsidenten ratifiziert), und Tschechien (Entscheidung des Senats und Unterschrift des Präsidenten stehen noch aus) ratifiziert. Trotz der Ablehnung des Lissaboner Vertrags in Irland und des noch nicht abgeschlossenen Ratifizierungsprozesses in Tschechien halten wir Grünen an dem Reformwerk fest.

Fortschritte durch den Lissaboner Vertrag

Mehr Demokratie

Der wichtigste Schritt zu mehr direkter Demokratie in der EU ist das europäische Volksbegehren. Mit einer Million Unterschriften von Bürgern aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten kann die Kommission künftig zur Vorlage eines Gesetzesentwurfs gezwungen werden.

Mehr Rechte für das Europäische Parlament (EP)

Das EP wird künftig in annähernd allen Gesetzesvorhaben (90%) mitentscheiden können. Das heißt konkret, dass die Abgeordneten an den Richtlinien und Verordnungen mitschreiben, sie ändern und auch ablehnen können. Im wichtigen Haushaltsverfahren wird das Parlament dem Rat gleichgestellt.

Grundrechtecharta

Die Grundrechtecharta ist eines der wichtigsten Elemente des Reformvertrags. Durch die Rechtsverbindlichkeit können die in der Charta festgeschriebenen individuellen Rechte beim Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden. Dadurch werden künftig die demokratischen und sozialen Rechte sowie das Recht auf eine saubere Umwelt wesentlichen Einfluss auf die Gesetzgebung haben.

Nationale Parlamente

Wenn sich ein Drittel der nationalen Parlamente zusammenfindet, können sie der EU-Kommission die „Gelbe Karte“ zeigen und Gesetzesvorhaben zurückweisen.

Kleinere Kommission

Ab 2014 wird nicht mehr aus jedem EU-Land ein Kommissar kommen, sondern nur noch aus zwei Drittel der Mitgliedstaaten im Rotationsverfahren. Der Kommissionspräsident wird vom Europäischen Parlament mit 2/3-Mehrheit auf Vorschlag des Rates gewählt. Damit legitimiert das Parlament die Kommission.

Europäischer Gerichtshof

Der Kompetenzbereich des Europäischen Gerichtshofs wird auf alle Politikbereiche ausgedehnt, mit Ausnahme der Außen- und Sicherheitspolitik. Er kontrolliert auch die Einschränkung individueller Grundrechte.

Austritt aus der Gemeinschaft

Im Lissaboner Vertrag ist erstmals die Möglichkeit des freiwilligen Austritts eines Mitgliedstaats festgeschrieben und in einem Verfahren geregelt.

Gängige Kritikpunkte am Vertrag und grüne Gegenargumente

Neoliberale Ausrichtung des Vertrags

Der freie Binnenmarkt ist einer der Grundpfeiler der Europäischen Union. Aber freier Binnenmarkt heißt nicht nur, dass Unternehmen mehr Profit machen können, sondern z.B. auch, dass UnionsbürgerInnen in jedem Land der EU arbeiten, leben oder ein Krankenhaus besuchen dürfen. Für den Ausbau der sozialen Rechte müssen wir weiter kämpfen – aber der Lissaboner Vertrag macht einen guten Anfang: Ein neuer Zielkatalog verpflichtet zu einer Politik der Vollbeschäftigung, des sozialen Fortschritts, der Bekämpfung von Ausgrenzung und Armut sowie zur nachhaltigen Entwicklung. Die öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge werden gestärkt und unterliegen nicht mehr automatisch dem Wettbewerbsregime.

Militarismus-Vorwurf

Mit dem Lissaboner Vertrag wird die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU gestärkt. Von Militarisierung kann jedoch keine Rede sein: im Vertrag verpflichtet sich die Gemeinschaft dazu, nur in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu handeln und Militärmissionen nur im Auftrag der Völkergemeinschaft durch ein UNO-Mandat zu ermöglichen. Bei diesen handelt es sich um Friedensmissionen, die auf Konfliktvermeidung und Friedenserhaltung abzielen.

Komplizierte Abstimmungsverfahren

Wir betrachten den Lissaboner Vertrag nicht als Non-Plus-Ultra, doch mit den neu gewonnenen Rechten für das Parlament ist ein großer Schritt zu besseren Abstimmungsverfahren getan.

Klima und Energie

Der Klimawandel ist die Herausforderung - heute und in der Zukunft, die etliche Lebensbereiche berührt. Die europäische Ebene ist extrem wichtig für die Energiewende und die Senkung der CO₂-Emissionen. Erstens führt die Kommission die Post-Kyoto-Verhandlungen. Zweitens kann der Klimawandel nur auf internationaler Ebene bekämpft werden.

Erneuerbare Energien

Was wurde erreicht?

Die Grünen waren die einzige Fraktion, die die 20-20-20 Ziele der Kommission (bis 2020 sollen innerhalb der EU die CO₂-Emissionen und der Energiebedarf um 20 % gesenkt und zugleich der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 20 % erhöht werden) hart verteidigt hat, im Gegensatz zu den anderen Fraktionen oder zu der Bundesregierung. Die Richtlinie für Erneuerbare Energien wurde unter Grüner Führung im Europäischen Parlament verabschiedet. Das Europäische Parlament hat auf Grünen Vorschlag die Demokratisierung von Euratom gefordert.

Was bedeutet das für Berlin?

Auch in Berlin können durch den massiven Ausbau von Erneuerbaren Energien viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Was fordern wir Grünen?

Euroatom muss abgeschafft und durch eine Gemeinschaft für Erneuerbare Energien ersetzt werden. Bis 2050 muss die Stromversorgung europaweit zu 100% aus erneuerbare Energien stammen. Eine EU-weite Einspeiseregulierung für Erneuerbare Energien muss eingeführt werden. Es muss ein Moratorium für Kohlekraftwerke und hohe Mindestwirkungsgrade für neue Kraftwerke geben.

Infrastrukturnetze

Was wurde erreicht?

Die Grünen fordern schon seit langem die Entflechtung von Netz und Betrieb im Energiebereich und mittlerweile haben sie erreicht, dass diese Forderung im Europaparlament mehrheitsfähig geworden ist.

Was bedeutet das für Berlin?

Wenn die Entflechtung von Netz und Betrieb durchgesetzt wird, muss auch der Berliner Stromversorger Vattenfall sein Netz abgeben und der (Öko-) Strom wird viel billiger werden. Von einem Ausbau der Bahninfrastruktur profitierten ebenso fast alle BürgerInnen.

Was fordern wir Grünen?

Versorgungssicherheit muss durch Erneuerbare Energien und nicht durch militärische Absicherung der Quellen erreicht werden. Die Grünen fordern eine strikte Trennung von Betrieb und Netz im Energiebereich, um mehr Wettbewerb zu erreichen und die Stromversorgung dezentraler zu gestalten. Außerdem soll ein Hochspannungs-Gleichstromübertragungsnetz aufgebaut werden, um den Strom aus Erneuerbaren auch über weite Strecken zu transportieren.

Internationale Gerechtigkeit in der Klimapolitik

Was wurde erreicht?

Die Grünen haben es erreicht, dass Atomprojekte nicht mehr als flexible Mechanismen gehandhabt werden und somit als Klimaschutzprojekte gelten würden.

Was bedeutet das für Berlin?

Auch in Berlin wird der Klimawandel negative Folgen haben. Eine Studie des Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) hat ergeben, dass in Berlin die Temperatur bis 2050 um durchschnittlich 2,5 Grad steigen wird, was Hitzeperioden im Sommer und Starkregen im Winter zur Folge haben wird.

Was fordern wir Grünen?

Europa muss Vorreiterin bei den Klimaschutzbemühungen werden und auch bei den Verhandlungen zum Post-Kyoto-Abkommen Ende 2009 in Kopenhagen die treibende Kraft sein. Die

Entwicklungsländer müssen durch Anpassungsmaßnahmen und Technologietransfer bei dem Umgang mit Klimawandel unterstützt werden. Es müssen nachhaltige Standards für die Produktion von Bioenergie eingeführt werden

Umwelt

Umweltprobleme machen nicht vor nationalen Grenzen halt. Daher erscheint es nur logisch, dass die Umweltpolitik zu den am stärksten vergemeinschafteten Politikbereichen der Europäischen Union zählt. Die Umweltpolitik der Bundesländer und Kommunen hat inzwischen fast immer ihren Ursprung in Regelungen, die auf europäischer Ebene beschlossen wurden.

Naturschutz

Was wurde erreicht?

1992 wurde die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verabschiedet, durch die die biologische Vielfalt in der Europäischen Union gesichert werden soll. Sie verpflichtet die Nationalstaaten zum Aufbau eines europäischen Schutzgebietssystems (Natura 2000). Zwar sind inzwischen erste Erfolge der Richtlinie zu verzeichnen, jedoch gibt es bei einem Großteil der Arten und Lebensräume großen Verbesserungsbedarf.

Was bedeutet das für Berlin?

Im Land Berlin sind derzeit mit 15 FFH- und fünf Vogelschutzgebieten 6.326,44 Hektar als NATURA 2000- Gebiete gemeldet, das entspricht 7,10 Prozent der Landesfläche. Dazu zählen beispielsweise der Grunewald, Müggelspree und Müggelsee oder die Pfaueninsel.

Was fordern wir Grünen?

Damit die Erfolge der FFH-Richtlinie größer werden, fordern wir eine Stärkung der Natura 2000 Gebiete durch eine längerfristige Finanzierung und umfassende Management- und Monitoringsysteme.

Luft und Lärm

Was wurde erreicht?

Die Richtlinie zum Umgebungslärm verpflichtete die Mitgliedstaaten die Lärmbelastung in Städten und Gemeinden zu ermitteln und bis 2008 einen Aktionsplan zur Lärminderung aufzustellen. Die EU-Feinstaubgesetze schützen die Bürger vor gesundheitsgefährdender Luftverschmutzung. Bei der Revision der EU-Feinstaubgesetze konnten die Grünen im Europäischen Parlament verhindern, dass die Grenzwerte geschwächt werden.

Was bedeutet das für Berlin?

Direkte Folgen der EU-Richtlinie zum Umgebungslärm sind beispielsweise: Straßen werden mit Tempo 30- Beschränkungen ausgewiesen und damit Lärm und Schadstoffausstoß gesenkt, immer mehr BürgerInnen steigen auf das Fahrrad um, da die Fahrradwege immer besser ausgebaut werden.

Was fordern wir Grünen?

Wir Grünen fordern eine schnellere Umsetzung der Richtlinie durch den Berliner Senat. Wer neue Autobahnen baut (A 100), nimmt weder die Verpflichtung zur Lärminderung noch Umwelt- und Klimaschutz ernst. Wir Grünen fordern, dass stärker in den Fahrradverkehr, den öffentlichen Personennahverkehr und den Schienenverkehr investiert wird und dazu auch mehr EU-Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Wasser

Was wurde erreicht?

Können die BerlinerInnen bald wieder in der Spree baden? Bis dahin wird noch Zeit vergehen, aber die EU-Wasserrahmenrichtlinie verpflichtet die europäischen Länder bis 2015 einen „guten Zustand“ für alle Gewässer zu erreichen.

Beim Schutz des Wassers ist es gelungen, die Verpflichtung festzuschreiben, dass der Eintrag von gefährlichen Substanzen ins Grundwasser verhindert werden muss.

Was bedeutet das für Berlin?

In Berlin wird aktuell der Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm erstellt, durch die die sauberen Gewässer Realität werden sollen.

Was fordern wir Grünen?

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in den EU-Mitgliedsländern muss endlich konsequent verfolgt werden und die vorgesehene Öffentlichkeitsbeteiligung muss sichergestellt werden. Den Bestrebungen, die öffentliche Wasserversorgung zu privatisieren, stellen wir uns entgegen.

Landwirtschaft und Gentechnik

Was wurde erreicht?

Der Grüne Ansatz in der Agrarpolitik wird immer sichtbarer. Wir haben die besondere Berücksichtigung des ökologischen Landbaus bei der Förderung der ländlichen Entwicklung und ein spezielles Förderprogramm für die Erhaltung genetischer Ressourcen durchsetzen können. Bereits 2003 haben wir durchgesetzt, dass die EU-Mitgliedsstaaten ihre Landwirtschaft vor Gentechnikkontaminationen schützen können. Anfang 2009 hat der Europäische Rat entschieden, dass Mitgliedsländer wie Ungarn und Österreich ihre nationalen Verbote von gentechnisch veränderten Lebensmitteln behalten dürfen, erst im April hat daraufhin die deutsche Bundesregierung auf massiven grünen Druck mit einem ähnlichen Verbot reagiert.

Was bedeutet das für Berlin?

Die östlichen Bundesländer sind auf dieser Grundlage gesetzlich komplett gentechnikfrei. Dadurch können sich auch die BerlinerInnen leichter dafür entscheiden, keine gentechnisch veränderten Lebensmittel zu konsumieren.

Was fordern wir Grünen?

Wir wollen eine zukunftsfähige europäische Agrarpolitik, die auf einer nachhaltigen Wirtschafts- und Ernährungsweise basiert. Dazu müssen wir aus der alten Subventionslogik aussteigen, die die industrialisierte Landwirtschaft fördert. Für mehr demokratische Rechte in der Agrarpolitik braucht

es das Europäische Parlament und den Reformvertrag von Lissabon. Solange dieser nicht ratifiziert ist, gibt es keine parlamentarische Mitentscheidung.

Wir wollen ein EU-weites Verbot für Gentech-Pflanzen, die Mensch, Umwelt und gentechnikfreie Produktion sowohl in der konventionellen als auch biologischen Landwirtschaft gefährden. Wir fordern eine klare Gen-Kennzeichnung und Kennzeichnungslücken im EU-Recht zu schließen.

Sozialpolitik

Wir Grünen treten für ein soziales Europa ein, in dem die Rechte von ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen sichergestellt sind. Soziale Mindeststandards und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Platz“ sind daher die Leitlinien unserer Sozialpolitik in Europa. Trotz der eingeschränkten Möglichkeiten der EU im Bereich der Sozialpolitik konnten wir grüne Forderungen in verschiedenen Richtlinien durchsetzen. Nun gilt es, den Lissaboner Vertrag mit der Grundrechtecharta schnellstmöglich umzusetzen, um die sozialen Grundrechte europaweit verbindlich zu machen.

ArbeitnehmerInnen und LeiharbeiterInnen

Was wurde erreicht?

Wir Grünen haben uns erfolgreich gegen Versuche der Kommission gewehrt, die Gleichbehandlung von ArbeitnehmerInnen aufzuweichen. Ganz gleich, ob ein/e ArbeitnehmerIn im Heimatland arbeitet oder vom Unternehmen in ein anderes EU-Land entsendet wird, das Prinzip der Gleichbehandlung bleibt gewahrt.

Zu der neuen EU-Richtlinie für LeiharbeiterInnen haben wir Grünen einen wesentlichen Beitrag geleistet. Im Europaparlament haben wir uns dafür stark gemacht, dass LeiharbeiterInnen vom ersten Tag an soviel verdienen wie die anderen ArbeitnehmerInnen. Dieser von uns geforderte Gleichheitsgrundsatz ist mit der Richtlinie nun fest im europäischen Arbeitsrecht verankert. Ausnahmemöglichkeiten bestehen allerdings weiterhin über Tarifregelungen.

Was bedeutet das für Berlin?

Die (Leih-)ArbeitnehmerInnen in und aus Berlin haben dank unseres Einsatzes weiterhin das Recht, nicht anders behandelt zu werden als die anderen ArbeitnehmerInnen vor Ort.

Was fordern wir Grünen?

Die Entsenderichtlinie muss so nachgebessert werden, dass das Gleichbehandlungsprinzip für Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen sichergestellt wird. Damit könnten dann auch Vergabegesetze wieder den örtlichen Tarif vorschreiben.

Damit die ArbeitnehmerInnen in Europa von ihrer Arbeit auch leben können, fordern wir Mindestlöhne in allen Mitgliedstaaten. Die meisten EU-Staaten haben bereits Regelungen zu einem nationalen gesetzlichen Mindestlohn umgesetzt. Nur sieben Staaten, darunter Deutschland, weigern sich nach wie vor, durch Mindestlöhne dem Lohndumping ein Ende zu bereiten.

Wir Grünen fordern eine Reduzierung der Arbeitszeit. Die vom Ministerrat geplante Erhöhung der Höchstarbeitszeit auf durchschnittlich 65 Stunden ist mit dem Gesundheitsschutz der ArbeitnehmerInnen und einer flexiblen Arbeitszeitgestaltung nicht vereinbar.

Antidiskriminierung

Was wurde erreicht?

Um die Lücken beim Schutz vor Diskriminierung außerhalb des Erwerbslebens endlich zu schließen, haben wir Grünen uns massiv für eine weitere EU-Richtlinie eingesetzt, die eine Diskriminierung auf Grund von Alter, Behinderung, Religion und Weltanschauung sowie sexueller Orientierung beim Zugang zu Dienstleistungen und Gütern verbietet. 2008 hat die Kommission endlich einen Richtlinienvorschlag gemacht, so dass Menschen mit den genannten Merkmalen nun vor Diskriminierung beim Zugang u.a. zu Wohnraum, Bildung, sozialen Vergünstigungen und Sozialschutz, der sozialen Sicherheit und den Gesundheitsdiensten geschützt sind.

Was bedeutet das für Berlin?

Dank der neuen Richtlinie sind nun auch in Berlin beispielsweise Migranten oder Homosexuelle beim Zugang zu Wohnraum vor Diskriminierung geschützt. Auch darf Rollstuhlfahrern nicht der Zugang zu einem Kaufhaus verweigert werden.

Was fordern wir Grünen?

Die neue Richtlinie bietet noch keinen umfassenden Schutz für behinderte Menschen. Beim Zugang zum Bildungsbereich und im Familienrecht klaffen noch Lücken, die unbedingt geschlossen werden müssen.

Gleichstellung und Chancengleichheit

Was wurde erreicht?

Auf Druck der Grünen legte das Europäische Parlament ein Konzept für einen veränderten Richtlinienvorschlag zur Beseitigung des Lohngefälles zwischen Frauen und Männern vor, der auch Sanktionen für reformunwillige Staaten fordert.

Was bedeutet das für Berlin?

Noch verdienen Frauen in Berlin und Deutschland im Schnitt 24% weniger als Männer. Es ist im Wesentlichen den Grünen zu verdanken, dass diese Problematik und Lösungsansätze mittlerweile breit diskutiert werden.

Was fordern wir Grünen?

Die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen in der EU ist eines der dringendsten Probleme im sozialen Bereich. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass das europäische Grundrecht auf geschlechtergerechte Bezahlung endlich umgesetzt wird. Dafür müssen wirksame Mechanismen wie Quotierungen und auch Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden, um Frauen die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu garantieren, die Männer längst haben. Dazu gehört auch, dass in Europa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter diskutiert und verbessert wird.

Wirtschaft

Für die Bewältigung der großen Herausforderungen, vor denen wir momentan stehen – Klima-, Finanz-, Wirtschafts- und Nahrungsmittelkrise – haben die Grünen ein Konzept für einen „Green New Deal“ entwickelt, den es vor allen Dingen auch auf europäischer Ebene umzusetzen gilt. Mit dem Green New Deal soll ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm geschaffen werden, das alle Krisen zusammen denkt und die Krisenanfälligkeit auch in Zukunft reduziert.

Wirtschaft ist eines der Hauptthemen des Europawahlkampfes, weil es erstens heute sehr relevant ist und viele Menschen beschäftigt. Zweitens ist kein weiterer Politikbereich – im Zuge des Binnenmarktes – so stark harmonisiert.

Neue Finanzordnung

Was wurde erreicht?

Das Europäische Parlament setzte einen Untersuchungsausschuss zur Misswirtschaft der britischen Versicherungsgesellschaft „Equitable Life“ ein, der große Versäumnisse aufdeckte. Die Finanzaufsicht ist momentan in der alleinigen Zuständigkeit des Herkunftsmitgliedstaates. Dieses so genannte »Herkunftslandprinzip« haben die Grünen immer wieder kritisiert.

Was bedeutet das für Berlin?

Eine zu laxen Kontrolle der Finanzmärkte hatten unter anderem zur Folge, dass zahlreiche Städte und Kommunen in Deutschland Teile ihrer Infrastruktur an internationale Investoren verkauft und wieder zurückgeleaset haben, so ist z.B. die Berliner BVG nicht mehr Besitzerin ihrer U-Bahnen. Dies kann katastrophale Folgen haben. Mit einer stärkeren Kontrolle der Finanzmärkte kann solchen Entwicklungen zukünftig entgegengewirkt werden.

Was fordern wir Grünen?

Europa muss bei der Neuordnung des internationalen Finanzsystems mit einer Stimme sprechen und auf eine faire und gerechte Ordnung hinarbeiten. Die EU muss sich in internationalen Gremien auf eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte einsetzen. In Europa fordern wir die Einführung einer Finanzumsatzsteuer, die spekulative Geschäfte unrentabel machen und so zu mehr Stabilität beitragen soll. Außerdem sprechen wir uns für einen EU-Aktionsplan für die Austrocknung von Steueroasen aus. Wir wollen darüber hinaus eine gemeinsame Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Unternehmen, um den Wettlauf um die niedrigsten Steuern zu unterbinden.

Strukturfonds

Was wurde erreicht?

Mit den Strukturfonds (vor allem dem Europäischen Sozialfonds – ESF und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung – EFRE) fördert die Europäische Union die Wirtschaftsentwicklung und den Arbeitsmarkt in strukturschwachen Regionen wie Ostdeutschland.

Was bedeutet das für Berlin?

Die Strukturfonds haben eine immense Bedeutung für die Berliner Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ca. 40 Prozent aller Wirtschaftsfördermittel der Investitionsbank Berlin (IBB) stammen aus den Finanztöpfen der EU. Wer durch Berlin spaziert, stößt fast an jeder Ecke auf

Projekte, die Brüssel zum großen Teil finanziert hat. Auch hier müssen jedoch die Projekte stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden.

Was fordern wir Grünen?

Mit einem Teil der Einnahmen aus der Finanzumsatzsteuer könnten die Strukturfonds aufgestockt werden. Die Rahmenbedingungen für die Strukturfonds sollen dahin gehend verändert werden, nur noch nachhaltige Projekte, wie Erneuerbare Energien oder Energieeffizienz, zu fördern.

VerbraucherInnenschutz

Was wurde erreicht?

Mit grüner Unterstützung wurden europäische Richtlinien eingeführt, die Grenzwerte und bessere Kennzeichnung von gefährlichen Bestandteilen in Lebensmitteln, Kosmetika, Medikamente oder Spielzeugen vorschreiben. Wir Grüne haben uns in den Verhandlungen erfolgreich dafür eingesetzt, die an der Produktprüfung beteiligten Prüf-, Zertifizierungs- und Inspektionsstellen schärferen Kontrollen zu unterwerfen und eine Privatisierung dieser wichtigen staatlichen Aufgabe auszuschließen. Bei der EU-Verbraucherkreditrichtlinie haben wir uns erfolgreich für eine europaweite einheitliche Berechnung des effektiven Zinssatzes, die Pflicht zur Bonitätsprüfung oder das Recht zur vorzeitigen Rückzahlung eingesetzt.

Was bedeutet das für Berlin

Die Inspektionen der EU-Kommission bei den Berliner Lebensmittelkontrolleuren waren für uns Grüne eine wichtige Unterstützung, als wir nach den Berliner Ekelfleischskandalen die großen Lücken in der rot-roten Lebensmittelkontrolle enttarnt haben.

Was fordern wir Grünen?

Es soll ein europaweites Nachhaltigkeitssiegel eingeführt werden. Wir fordern außerdem die Möglichkeit zur Einreichung von Sammelklagen durch KonsumentInnen. Wir wollen eine europäische Banken- und Finanzaufsicht, die auch dem Verbraucherschutz verpflichtet ist, um zu verhindern, dass der Wettbewerb auf dem Finanzmarkt zu einem Wettbewerb um die niedrigsten Standards verkommt.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Wir wollen eine lebendige Unionsbürgerschaft in einer starken europäischen Demokratie. Entscheidungen sollen von und für alle Bürgerinnen und Bürger getroffen werden. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der Freiheiten garantiert und Menschen schützt. Wir stehen für eine moderne und freie Gesellschaft mit Teilhabe für jede und jeden.

Demokratie in der Europäischen Union

Was wurde erreicht?

Das Europäische Parlament ist die direkt gewählte Vertretung der BürgerInnen der Europäischen Union. Wir Grüne haben dort Mehrheiten für Nachhaltigkeit organisiert – egal ob in Fragen von

Klima- und Umweltschutz, Finanzen oder sozialem Europa. Wir machen einen Unterschied in Fragen der Menschen- und BürgerInnenrechten.

Was bedeutet das für Berlin?

UnionsbürgerInnen, die in Berlin leben, dürfen an den **Kommunal- und Europawahlen** teilnehmen. Berliner Bezirke dürfen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge soziale, ethische und ökologische Kriterien berücksichtigen. Wir haben bei den Verhandlungen zur Entsenderichtlinie erfolgreich dafür gekämpft, dass jede und jeder, der in Berlin arbeitet, gleich behandelt wird. Auf der Europawahl-Liste der Grünen stehen mit Michael Cramer und Reinhard Bütikofer in diesem Jahr zwei prominente Berliner.

Was fordern wir Grünen?

Damit europäische **Politik von und mit Bürgerinnen und Bürgern** gemacht wird und eine europäische Öffentlichkeit entsteht, wollen wir nicht nur alle fünf Jahre ein Parlament wählen, sondern alle Menschen durch Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und europaweite Referenden **an Entscheidungen beteiligen**. Das **europäische Parlament** ist die Vertretung der BürgerInnen und soll deshalb ein Initiativrecht zur Gesetzgebung erhalten. UnionsbürgerInnen sollen ein **Wahlrecht** an ihrem Wohnort erhalten und Nicht-EU-BürgerInnen das kommunale Wahlrecht.

Gleichberechtigte Teilhabe

Was wurde erreicht?

Wir Grünen haben uns dafür eingesetzt, dass Lücken im Diskriminierungsschutz geschlossen werden, wie es der Richtlinienvorschlag der Kommission nun vorsieht. Wir haben uns im Europäischen Parlament für eine **menschenwürdige Flüchtlingspolitik** eingesetzt und daher der Rückführungsrichtlinie nicht zugestimmt. Wir haben verlangt, die Arbeit von Frontex transparenter und demokratisch kontrollierter zu machen. Wir haben uns für eine zukunftstaugliche Migrationspolitik mit einem dauerhaften Aufenthaltsrecht eingesetzt.

Was bedeutet das für Berlin?

Das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz** bekämpft Diskriminierung und Ausgrenzung von Berlinerinnen und Berlinern. Es beruht auf EU-Richtlinien. Die europäische Regionalpolitik fördert mit Mitteln aus den **Strukturfonds** z.B. die Infrastruktur und den Arbeitsmarkt in Berlin.

Was fordern wir Grünen?

Teilhabe setzt **gleichberechtigte Teilnahme** an der Gesellschaft voraus. Das Prinzip der **Nicht-Diskriminierung** muss in allen Bereichen gelten. Wir fordern deshalb europaweit die Einführung von Lohngleichheit und Quoten für Frauen und Männer, die rechtliche Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern sowie ein Ende der Diskriminierung von älteren Menschen im Arbeitsleben.

Innen- und Justizpolitik

Was wurde erreicht?

Trotz fehlender Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments im Bereich der Innen- und Justizpolitik haben wir Grüne im **CIA-Sonderausschuss** klargemacht, dass wir es nicht hinnehmen, dass im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus Menschen- und Bürgerrechte erodiert werden.

Was bedeutet das für Berlin?

Ein Rahmenbeschluss schützt personenbezogene Daten von BerlinerInnen, die im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeitet werden. Die Europäische Grundrechteagentur sammelt und analysiert Informationen. Europäische Regelungen im Familien- und Privatrecht sorgen dafür, dass die grenzüberschreitende Mobilität auch im Recht erleichtert wird. Seitdem die Binnengrenzen weggefallen sind, können BerlinerInnen ohne Ausweiskontrolle in die Nachbarländer fahren.

Was fordern wir Grünen?

Die Europäische Union ist eine **Gemeinschaft des Rechts**. In der Innen- und Justizpolitik muss ein ausgewogenes Verhältnis von **Freiheit, Sicherheit und Recht** gewahrt werden. Wir fordern deshalb die Einklagbarkeit der Grundrechte-Charta, die Stärkung von Verfahrensgarantien und gerichtlichen Standards und eine demokratisch kontrollierte EUROPOL. Menschenrechte sind universell. Sie gelten auch für Nicht-EU-BürgerInnen. Wir fordern deshalb eine **menschenrechtsorientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik** und die Reform von Frontex. Wir wollen Einwanderungsmöglichkeiten schaffen. Kein Mensch soll illegal sein. Wir treten Rechtsextremismus entschieden entgegen

Datenschutz ist BürgerInnenrecht

Was wurde erreicht?

Trotz fehlender Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments haben wir Grüne es immer wieder geschafft, **Mehrheiten gegen die Entscheidungen des Ministerrats und der Kommission** z.B. gegen den **Fluggastdatenaustausch** mit den USA oder den Rahmenbeschluss zum Datenschutz bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, zu organisieren und so öffentlichen Druck erzeugt.

Was bedeutet das für Berlin?

Die Einrichtung einer unabhängigen **Datenschutzkontrollstelle** in Berlin wird unter anderem durch Artikel 28 der EG-Datenschutzrichtlinie gesichert. Der Berliner Datenschutzbeauftragte vertritt die BürgerInnen der Bundesländer in der **Datenschutzgruppe der Europäischen Union**. Hier wird z.B. kontrolliert, ob Europol ordnungsgemäß mit Daten umgeht.

Was fordern wir Grünen?

Datenschutz ist BürgerInnenrecht. Das muss Staat und Wirtschaft unmissverständlich klar gemacht werden. Wir fordern die Stärkung des EU-Datenschutzbeauftragten, neue Instrumente zum VerbraucherInnenschutz, die Einführung eines Datenschutzsiegels sowie die institutionelle Absicherung von starken Datenschutzstandards.

Kulturpolitik

Ein Europa der 27 Staaten bedeutet eine Gemeinschaft mit vielen verschiedenen kulturellen Identitäten und Interessen. Mit einer Kulturpolitik, die der kulturellen Vielfalt in der EU Rechnung trägt, soll Europa eine Seele gegeben werden, der sich alle Europäer verbunden fühlen.

Medienvielfalt

Was wurde erreicht?

Wir Grünen haben durchgesetzt, dass die Vergabe von Rundfunkfrequenzen bei den Mitgliedstaaten verbleibt und nicht dem Markt unterworfen wird. Wir haben damit unsere Position, dass Rundfunk ein öffentliches Gut ist und nicht rein wirtschaftlichen Interessen unterworfen sein darf, in den EU-Richtlinien für audiovisuelle Medien und Telekommunikationsleistungen verankert.

Was bedeutet das für Berlin?

Die mediale Vielfalt Berlins, für welche die Funkfrequenzen eine Schlüsselrolle spielen, bleibt erhalten.

Was fordern wir Grünen?

Das Internet ist mittlerweile neben dem Fernsehen zum wichtigsten Medium avanciert. Um allen EU-BürgerInnen den Zugang zum Internet zu ermöglichen, setzen wir uns für den Ausbau der Breitband-Infrastruktur ein. Die zentrale Bedeutung des Internets für die europäische Kulturpolitik wollen wir mit den Themen Datenschutz, Meinungsfreiheit und Softwarepatente verbinden.

Um die lebendige kulturelle Vielfalt in Europa zu erhalten und zu stärken setzen wir uns für die Förderung und soziale Absicherung von KünstlerInnen sowie den grenzüberschreitenden Austausch zwischen Kunstschaffenden ein. Dazu gehört auch die Stärkung des europäischen Films und anderer medialer Künste.

Kultur als öffentliches Gut

Was wurde erreicht?

Auch in dieser Legislaturperiode haben wir uns erfolgreich gegen Versuche der Konservativen und Liberalen gewehrt, Kunst und Kultur den Regelungen der EU-Wettbewerbspolitik zu unterwerfen. Wir treten dafür ein, dass Kulturgüter mehr sind als wirtschaftliche Waren und daher besonders geschützt werden müssen.

Was bedeutet das für Berlin?

Die zahlreichen Kulturgüter in Berlin werden weiterhin allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sein.

Was fordern wir Grünen?

Um die lebendige kulturelle Vielfalt in Europa zu erhalten und zu stärken setzen wir uns für die Förderung und soziale Absicherung von KünstlerInnen sowie den grenzüberschreitenden Austausch zwischen Kunstschaffenden ein. Dazu gehört auch die Stärkung des europäischen Films und anderer medialer Künste.

Kulturetat

Was wurde erreicht?

Um eine erfolgreiche Kulturpolitik zu machen, bedarf es mehr als simpler Bekenntnisse zur kulturellen Vielfalt in der EU und den Willen diese zu bewahren. Deswegen kämpfen wir Grünen für eine Anhebung des Kulturetats. Einen ersten Erfolg konnten wir mit der Erhöhung des Budgets für 2007-2013 erreichen.

Was bedeutet das für Berlin?

Gerade Berlin als Kulturstandort profitiert von einem erhöhten Kulturbudget. Mit der Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit werden Künstler, Vereine, Organisationen etc. vernetzt und bringen neue Impulse mit nach Berlin.

Was fordern wir Grünen?

Der Kulturetat wurde im Vergleich zur letzten Förderperiode zwar erhöht, ist aber trotzdem nicht ausreichend, um eine breite Palette an kulturellen Projekten gezielt zu fördern und zu unterstützen. Deswegen werden wir Grüne weiter für mehr Geld in der Kulturpolitik streiten.

Lebenslanges Lernen

Was wurde erreicht?

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft ist das Modell des lebenslangen Lernens ein wichtiger Grundstein. Wir haben uns dafür stark gemacht und mit dafür gesorgt, dass EU-Programme für SchülerInnen, Studenten, Auszubildende und Erwachsene optimiert ausgeweitet wurden, um die Mobilität der EU-BürgerInnen zu erhöhen.

Was bedeutet das für Berlin?

Mit zahlreichen EU-Programmen im Bereich der Bildung stehen nun viel mehr BerlinerInnen Möglichkeiten offen, an Austausch teilzunehmen und einen Teil ihrer Ausbildung oder der Arbeitszeit in einem anderen europäischen Land zu verbringen.

Was fordern wir Grünen?

Die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen und die Transparenz der nationalen Bildungssysteme sind für die Mobilität der EU-BürgerInnen von entscheidender Bedeutung. Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass der Europäische Qualifikationsrahmen auch national umgesetzt wird, so dass es mit einem deutschen Ausbildungsabschluss problemlos möglich ist, in Frankreich oder Litauen zu arbeiten.

Der katastrophalen Umsetzung des Bologna-Prozesses stellen wir uns entschieden entgegen. Wir befürworten die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes und die europaweite Anerkennung von Studienleistungen, allerdings nicht zum Preis einer Fast-Food-Bildung, die sich lediglich an den Interessen des Marktes orientiert.

Internationales

Für die Grünen ist Außenpolitik immer menschenrechts- und wertegeleitet und außerdem gekennzeichnet durch den Primat des Zivilen. Dies muss auch für die EU gelten. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU ist zwar nicht vergemeinschaftet (somit haben die Nationalstaaten quasi das letzte Wort) aber hat dennoch als „eigene Säule“ in der Vergangenheit immer mehr Bedeutung erlangt.

Erweiterung

Was wurde erreicht?

Durch aktive Ausschussarbeit wurde darauf hingearbeitet, dass die Tür für Länder, die die Beitrittskriterien erfüllen, nicht verschlossen wird. Die Reisefreiheit für Menschen aus dem Westbalkan wurde verstärkt, außerdem haben die Grünen aktiv die Zivilgesellschaft vor Ort unterstützt. Die Grünen haben die Türkei gezielt kritisiert, um sie bei ihren Reformen zu unterstützen, aber gleichzeitig immer die Beitrittsperspektive klar betont.

Was bedeutet das für Berlin?

Berlin als multikulturelle, offene und tolerante Stadt würde von einer Erweiterung und erleichterten Reisefreiheit für die Länder des Westbalkans profitieren. Insbesondere die große türkisch-stämmige Community ist an einem Beitritt der Türkei interessiert.

Was fordern wir Grünen?

Der Erweiterungsprozess darf nicht zum Stillstand kommen. Es müssen für alle Länder die gleichen Bedingungen, nämlich die Kopenhagener Kriterien, gelten. Eine engere Zusammenarbeit soll in spezifischen Bereichen bereits vorher möglich sein. Ein besonderer Fokus soll auf die Länder des Westlichen Balkans gelegt werden. Die Verhandlungen mit der Türkei müssen fair verlaufen und ihr eine glaubwürdige Beitrittsperspektive geboten werden.

Menschenrechte

Was wurde erreicht?

Den Grünen ist es gelungen, durch Dringlichkeitsentscheidungen auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam zu machen und entsprechende Handlung zu empfehlen. Auf Initiative der Grünen wurde die Komponente der Menschenrechte und Demokratie in der Zentralasienstrategie gestärkt. Die Grünen haben in der Vergangenheit zur Gründung eines Unterausschusses für Menschenrechte im EP beigetragen..

Was fordern wir Grünen?

Menschenrechte sollen in allen Politikbereiche der EU verankert werden, sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik. Gleichzeitig muss die EU die Menschenrechtsklausel in ihren Abkommen ernst nehmen und von den jeweiligen Vertragsstaaten eine Verbesserung der Menschenrechtsslage aktiv einfordern. Um diesen Prozess zu unterstützen, soll eine EU-Menschenrechtskommissarin eingesetzt werden. Die Menschenrechtsverletzungen, die im Rahmen des so genannten Kampfes gegen den Terror auch auf europäischem Boden erfolgte, müssen aufgearbeitet und zukünftig verhindert werden. Wir fordern auch, dass der Unterausschuss Menschenrechte im Europaparlament zu einem gleichberechtigten Vollausschuss wird.

Zivile Kräfte stärken

Was wurde erreicht?

Bei den Verhandlungen zum Stabilitätsinstrument wurde der Vorschlag der Grünen zur Peacebuilding Partnership angenommen. Diese forciert den Aufbau eines Netzwerks von spezialisierten europäischen Nicht-Regierungsorganisationen und deren enge Zusammenarbeit mit der Kommission in den Kernbereichen Frühwarnung, Konfliktprävention, Friedensarbeit und Konfliktnachsorge sowie den Aufbau einer operativen Einheit in der Kommission. Außerdem wurde kontinuierlich die Integration von Abrüstung und Ächtung von Streubomben etc. in die Entschlüsse des Europäischen Parlaments gefordert.

Was fordern wir Grünen?

Die EU soll auf eine Reform der UNO hinwirken. Das Vetorechts im Sicherheitsrat muss dazu abgeschafft werden, außerdem sollen sich die EU-Staaten auf einen europäischen Sitz einigen – zugunsten der Einbeziehung von Staaten aus anderen Erdteilen. Die Grünen fordern die Gründung einer EU-Friedensagentur, die einen zivilen Friedenskorps (= zivile Fachkräfte) aufbauen soll. Darüber hinaus soll ein europäischer Friedensdienst für Freiwillige geschaffen werden. Die Grünen setzen sich für ein kernwaffenfreies Europa und für Abrüstung ein.